

Rede Hiroshima-Nagasaki-Tag, 10. August 2024

Hallo zusammen!

Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki waren ein eklatanter Bruch des Gewaltverbotes der UN-Charta, die nur sechs Wochen zuvor, am 26. Juni 1945, verabschiedet worden war, um das Recht des Stärkeren, eine auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen basierenden Gesellschaftsordnung, gegen alle antifaschistischen Einsichten aufs Brutalste zu retten.

Heute stecken die kapitalistischen Verhältnisse weltweit in einer existenziellen Krise. Keinem der gegenwärtigen Probleme der Menschheit kann im Modus der Konkurrenz und des profitorientierten Wirtschaftens wirksam begegnet werden.

Auch die aktuelle Eskalationspolitik von NATO und anderen kapitalistischen Blöcken ist der verzweifelte Versuch der Reichen, diese anachronistischen Verhältnisse und damit ihre Machtstellung in diesen Verhältnissen auf ein Neues durch die Produktion von massenhaft Leichen noch ein bisschen länger aufrechtzuerhalten. Sie nehmen damit in Kauf, die Menschheit und damit auch sich selbst einmal mehr an den Rand des Abgrunds zu führen.

Gegen diese Zeitzurückdreher kommt es darauf an, dass wir uns neu beimessen, selbst die gesellschaftliche Entwicklung in die Hand zu nehmen, der brutalen Agenda weniger Ultravermögender und ihrer politischen Wortführer die Solidarität der 99 Prozent entgegenzustellen. Um der Menschheit eine Zukunft zu ermöglichen, ist es mehr denn je erforderlich, dass die aktuell 21 Kriege und 216 bewaffneten Konflikte beendet werden, ist es mehr denn je erforderlich, dass die 8 Milliarden Menschen auf der Erde sich die sozialen Grundlagen dafür schaffen, dass ihre gesammelte Klugheit voll auf die gemeinsame Lösung der drängenden Probleme gerichtet wird:

- demokratisch organisiertes und am Allgemeinwohl statt am Profit orientiertes Wirtschaften,
- Überwindung von Hunger und Armut,
- wirksame Bekämpfung des Klimawandels
- und die solidarische Beantwortung der jetzt schon in weiten Teilen der Welt für viele untragbaren Folgen der Erderwärmung
- sowie der Zugang zu umfassender Bildung für alle und die Orientierung von Bildung und Wissenschaft auf die Lösung der drängenden Menschheitsfragen statt auf die Interessen der Privatwirtschaft wie in der „unternehmerischen Hochschule“ oder gar auf die Interessen von Militär und Rüstungsindustrie, wie jetzt im Zuge der angeblichen „Zeitenwende“ proklamiert, die gar keine Zeitenwende darstellt sondern nur der bloße Versuch ist, in den Militarisierungsbestrebungen des letzten Jahrzehnts unter dem Vorwand des Ukrainekriegs gleich zwei Gänge höher zu schalten.

Wie alle Bereiche der Gesellschaft soll auch das Bildungswesen zum Krieg ertüchtigt werden und zum Krieg ertüchtigen. Mit seinem Positionspapier zu „Forschungssicherheit“ vom März dieses Jahres versucht das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Wissenschaftler zu Erfüllungsgeländen der geopolitischen Blockkonfrontation und Abschottungspolitik zu degradieren. Statt dem Prinzip zu folgen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse allen zugute kommen sollen, müs-

se – Zitat – „vor allem der Abfluss von Know-how und Technologie ins Ausland“ – Zitat Ende – entgegengewirkt werden. Das Ziel ist ergo nicht Sicherheit für die Forschung, sondern für den internationalen Vorrang des Profits hiesiger Konzerne, der nun militärisch gerettet werden soll.

Nach dem Vorbild der USA und Israels soll ein Militärisch-industriell-wissenschaftlicher-Komplex geschaffen werden. Mit finanzieller Erpressung durch Bindung von Fördermitteln und zunehmender Repression, wie beispielsweise gegen die Wissenschaftler, die sich mit den Protesten gegen den Gaza-Krieg solidarisierten, will das BMBF die Hochschulen dafür auf Linie bringen. Die an über 70 deutschen Hochschulen – auch in Köln – verankerten Selbstverpflichtungen, zum Frieden beizutragen – sogenannte „Zivilklauseln“ – und die damit verbundenen Ambitionen sollen aus dem Weg geräumt werden.

Wir streiten dafür, gegen diese Militarisierungsversuche die Hochschulen als Ort des gemeinsamen Lernens, der unvoreingenommenen Verständigung über die Welt zu gewinnen, dafür, dem emanzipatorischen Potenzial von Bildung und Wissenschaft zum Durchbruch zu verhelfen, die Hochschulmitglieder für einen gesellschaftlichen Aufbruch zu gewinnen, zur Entwicklung „einer nachhaltigen, demokratischen und friedlichen Welt“ beizutragen, wie es beispielsweise in der Grundordnung der Uni Köln heißt. Es kommt darauf an, sich der Analyse der großen Probleme der Menschheit zu widmen, allgemeinwohlorientierte Lösungsansätze für diese Probleme zu entwickeln, die Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktlösung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen, in der internationalen Zusammenarbeit selbst zum Austausch und zur Verständigung unter den Völkern beizutragen. So, als hoffnungsstiftende Alternative zur Feinbildproduktion und Abschottungspolitik, zur herrschenderseits präsentierten Perspektivlosigkeit von weiterer Zerstörung sozialer Errungenschaften, zu Verrohung, zu Krieg, kann die Uni neu positiv Bedeutung erlangen.

In diesem Sinne greifen wir als Zivilklausel-Bewegung in Köln und bundesweit ein: mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen – für eine demokratische, soziale und zivile Zeitenwende in und ausgehend von den Hochschulen.